Liebe Leserinnen und Leser,

Ein Ruck geht durch unser Land. Ich habe das anlässlich unseres Frühjahrsempfangs in Lünen gesagt: Nach der Wahl von Martin Schulz zum neuen Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD ist ein Aufbruch für unsere Partei und für unser Land mehr denn je spürbar. Beim Frühlingsempfang hielt unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eine überzeugende Rede, wie es in unserem Land gerecht in die Zukunft gehen wird. Auch hier war die neue Aufbruchstimmung zu spüren.

Martin Schulz hat die hundertprozentige Unterstützung unserer Partei. Die SPD-Bundestagsfraktion wird mit aller Kraft dafür kämpfen, dass er neuer Bundeskanzler und die SPD-Bundestagsfraktion die stärkste Fraktion in der nächsten Legislaturperiode wird.

Martin Schulz steht glaubwürdig für eine Politik, die alles dafür tut, damit unsere Gesellschaft und Europa zusammenhält. Die in gute Schulen, kostenfreie Bildung, Arbeitsplätze und soziale Sicherung investiert. Und die dafür sorgt, dass diejenigen, die hart arbeiten oder sich für Familie und Mitmenschen engagieren, die notwendige Anerkennung und Unterstützung erfahren.

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit und für mehr Respekt vor der Leistung der Menschen in unserem Land. Bis zur Bundestagswahl sind es noch wenige Monate. Die wollen wir nutzen, um wichtige sozialdemokratische Vorhaben in der Großen Koalition durchzusetzen, von denen Millionen konkret profitieren.

Zum Beispiel indem wir Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern durchsetzen und indem wir Menschen, die Teilzeit arbeiten, ein gesetzliches Rückkehrrecht auf Vollzeit verschaffen.

Mein Gerechtigkeitsempfinden ist empfindlich gestört, wenn ich an überhöhte Manangergehälter denke. Ich hoffe, dass unser Koalitionspartner endlich einer wirkungsvollen Begrenzung zustimmt.

Hannelore Kraft sprach zu den rund 300 Gästen des SPD Frühjahrsempfangs. Hier mit (v.l) Helmut Stolzenhoff, Rainer Schmelzer, Michael Thews und Michael Haustein.

Hannelore Kraft Gast der SPD in Lünen

Fast 300 Gäste habe ich im Marmorsaal der Firma Stolzenhoff zum Frühjahrsempfang meiner Partei in Lünen begrüßt. Sie wollten hören, was Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zur aktuellen politischen Situation zu sagen hat. Das machte Hannelore Kraft sehr Anschaulich an Helmut Stolzenhoff fest, der mit seinem Team die Gäste bewirtete.

Hannelore Kraft hielt beim Frühjahrsempfang der SPD in Lünen eine kämpferische Rede.

Die Karriere des Seniorchefs des drittgrößten Caterers in Deutschland und die Entwicklung seines Unternehmens hat auch viel mit sozialdemokratischer Politik zu tun. Mit dem Mindestlohn zum Beispiel, sagt Kraft. Der hat nicht nur 800.000 Menschen in sozialversicherungspflichtige Jobs gebracht. Der hat auch Unternehmen wie Stolzenhoff genutzt, weil sie jetzt nicht mehr mit Unternehmen konkurrieren müssen, die keinen Mindestlohn zahlen. Und das ist gerecht.

Gerecht ist es auch, wenn man Menschen, wie Helmut Stolzenhoff, der nach seiner Fleischerlehrer auch noch seinen Meister machte, dabei unterstützt, wenn sie sich in ihrem Beruf weiterbilden. Kraft kündigte an, dass sie sich in der nächsten Legislaturperiode für eine gebührenfreie Meisterausbildung stark machen will. Das ist gerecht, weil wir in NRW ja auch die Studiengebühren abgeschafft haben.
Das war eine soziale Hürde, und wir haben auch hier mehr Gerechtigkeit geschaffen.

Wie ihr Vorredner, Arbeitsminister Rainer Schmeltzer, wies sie auf den niedrigen Stand von Arbeitslosen hin und die großen Herausforderungen, die in den kommen Jahren durch die Digitalisierung der Arbeitswelt auf uns zu kommen. Diesen Wandel wollen wir gerecht gestalten, sagte Hannelore Kraft, mit den Gewerkschaft und den Arbeitgebern gemeinsam.

Wir können Veränderung und Wandel, bei uns fällt keiner ins bergfreie, sagte die Ministerpräsidentin und erinnerte an die ehemals bis zu 680.000 Beschäftigten im Bergbau.

200 Milliarden Euro Investitionen, die in den vergangenen Jahren in Kinder, Bildung und Familie geflossen sind: „Das war gut investiertes Geld, mit dem wir unter anderem 170.000 Plätze in der U-3-Betreuung geschaffen haben, sagte Kraft und kündigte gleichzeitig an, dass 30 Stunden in der Kita in Zukunft gebührenfrei bleiben sollen.

Trotz der großen Investitionen hat NRW erstmals seit 43 Jahren einen Haushalt mit Plus abgeschlossen, sagte die Ministerpräsidentin. Nur noch neun Kommunen, von ehemals 138, befinden sich in einem Nothaushalt. Sie kündigte an, dass es in den kommenden Jahren um weitere Investitionen gehen werde. Beispielsweise bei der Lehrerbesoldung und bei der Schulsozialarbeit. Hier nahm sie den Bund in die Pflicht, der Mittel für diese wichtige Arbeit in unseren Schulen bereitstellen muss.

Investitionen kündigte sie auch im Bereich der Polizei an. Hier ist die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich angehoben worden. Ziel sei es, die Präsenz der Polizei in allen Stadtteilen zu erhöhen, sagte Kraft.

Investitionen wird es auch im sozialen Wohnungsbau geben, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Investitionen in schnelles Internet und in die Verkehrsinfrastruktur nannte die Ministerin ebenfalls eine große Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode.

Kindertagesbetreuung wird ausgebaut

Gute Angebote der Kindertagesbetreuung verbessern die Start- und Bildungschancen aller Kinder und fördern die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Außerdem unterstützen sie Familien in ihrer Erziehungsverantwortung und erleichtern so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit einem neuen Gesetzt wollen wir den quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung weiter vorantreiben. In NRW haben wir ja große Fortschritte erzielt und in kurzer Zeit 170.000 neue Plätze in der U-3-Betreuung geschaffen. Ich habe mich selbst in einigen Einrichtungen in meinem Wahlkreis über die neuen Angeboten informiert und weiß, wie wichtig das für junge Familien ist.

Im Rahmen des mittlerweile vierten Investitionsprogramms zur Kinderbetreuungsfinanzierung werden wir 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt schaffen.

Außerdem sollen auch qualitative Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung befördert werden. Dafür verankern wir unter anderem wieder die Förderung von Ausstattungsinvestitionen, wie etwa für neue Küchen oder Bewegungsräume.

Kein Geld für verfassungsfeindlichen Parteien

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 17. Januar 2017 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass einer wehrhaften Demokratie neben einem vollständigen Verbot einer Partei noch andere Mittel zur Verfügung stehen, um gegen ihre Feinde vorzugehen. Etwa indem verfassungsfeindlichen Parteien wie der NPD die staatliche finanzielle Unterstützung entzogen wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, die dafür erforderliche Grundgesetzänderung zügig zu beschließen. Es ist für mich unerträglich, dass eine Partei, die die widerlichen Höcke-Äußerungen akzeptiert, von staatlicher Finanzierung profitiert.

Wir fordern den fachlich zuständigen Bundesinnenminister auf, zeitnah einen Entwurf vorzulegen, so wie es Union und SPD nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor zwei Monaten vereinbart haben. Der vom Bundesrat auf Initiative Niedersachsens einstimmig verabschiedete Gesetzentwurf bietet dafür eine gute Grundlage. Insbesondere auch weil der Bundesrat vorschlägt, dass das Bundesverfassungsgericht in einem eigenen Verfahren über einen Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien aus der staatlichen Parteienfinanzierung entscheiden soll.

Das neue Verpackungsgesetz kommt

Beim Verpackungsgesetz geht es vor allem darum, die Sammlung des Verpackungsmülls aus Plastik und Metall in den gelben Säcken und Tonnen und das Recycling dieser Verpackungen bürgerfreundlicher und ökologischer zu gestalten. Wir erhöhen die Recyclingquoten für die Verpackungen drastisch, um so noch mehr Rohstoffe zurückzugewinnen und Ressourcen zu sparen. Gleichzeitig geben wir den Kommunen mehr Gestaltungsrechte an die Hand, um die Sammlung der gelben Tonnen und Säcke durch die Systembetreiber, insbesondere den Abfuhrrhythmus und die Art und Größe der Sammelbehälter, besser an die Gegebenheiten und Bedürfnisse vor Ort anpassen zu können. Die Anhörung mit den Sachverständigen hat ergeben, dass es noch einige Verbesserungen geben muss, die wichtig für die Kommunen sind. Ich werde mich dafür einsetze, dass die kommunalen Interessen in der Abstimmung mit dem Dualen System besser durchsetzbar sind. Ein großes Anliegen ist mir, dass wir eine Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen erhalten können.

Meine Rede zum Verpackungsgesetz.

Anhörung im Umweltausschuss

Das neue Verpackungsgesetzt ist im Umweltausschuss (hier mit meiner Kollegin Ulli Nissen) mit Experten diskutiert worden.

Betriebsräten lokalen Abfallverbrennungsanlagen haben mich zu ihrem Treffen eingeladen um Informationen zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren zu erhalten. Auch das neue Verpackungsgesetz war hier ein Thema.

Strafrechtliche Vermögensabschöpfung

Mit dem geplanten Gesetz soll das Recht der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung vollständig neu gefasst und der Opferschutz gestärkt werden. Erträge aus Straftaten können damit künftig leichter eingezogen werden. Erleichtert wird auch die Einziehung von Vermögen unklarer Herkunft, wenn kein vernünftiger Zweifel daran besteht, dass das Vermögen aus kriminellen Handlungen stammt. Der Entwurf schafft ferner die Grundlage für eine nachträgliche und umfassende erweiterte Einziehung von Taterträgen. Ein weiteres Element des Reformvorhabens ist zudem die grundlegende Neuregelung der Opferentschädigung. Die Geschädigten müssen keinen Titel mehr gegen den Schädiger erstreiten, sie können im Strafvollstreckungsverfahren oder im Insolvenzverfahren entschädigt werden.

Die Lebenshilfe verbessert die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Ich habe in dieser Woche den parlamentarischen Abend der Bundesvereinigung Lebenshilfe besucht. Ein wichtiges Thema: Menschen mit Behinderung werden heute immer älter. Sie brauchen ein Umfeld, indem sie weiter gut leben können. Dafür brauchen sie gute Unterstützung.

Einmal im Jahr lädt die Lebenshilfe zu einem parlamentarischen Abend ein.

Im zweiten Teilhabebericht der Bundesregierung, den wir in dieser Woche diskutiert haben, wird die Entwicklung der Teilhabechancen von Menschen mit Behinderungen in den Jahren 2005 bis 2014 beschrieben.
Dabei macht der Bericht deutlich, dass es trotz erkennbarer Fortschritte weiterhin Nachholbedarf in wichtigen Lebensbereichen gibt. Das betrifft unter anderem das Angebot barrierefreier Verkehrsmittel und Wohnungen sowie die Möglichkeiten barrierefreier Freizeitgestaltung.

Ebenso verhält es sich mit der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen. Immer noch werden 66 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen an Förderschulen unterrichtet. Zugleich bleiben 71 Prozent der Förderschüler ohne Schulabschluss.

Wahrnehmbar verbessert hat sich hingegen die Inklusion im Vorschulalter. Der Anteil inklusiv betreuter Kinder ist von 81 Prozent im Jahr 2008 auf 91 Prozent in 2015 gestiegen. Ebenso ist die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderungen in den letzten Jahren gesunken. Die Anzahl von Menschen, die ambulant betreut in der eigenen Wohnung leben, hat sich zwischen 2008 und 2014 auf nunmehr 160.000 Personen verdoppelt.

Weniger Bürokratie für bürgerschaftliche Unternehmen

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung soll eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages umgesetzt werden, wonach Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement (z.B. Dorfläden, Kitas, Altersgerechtes Wohnen, Energievorhaben) erleichtert werden soll. Künftig soll für solche Initiativen eine geeignete Unternehmensform im Genossenschafts- oder Vereinsrecht zur Verfügung stehen, die unangemessenen Aufwand und Bürokratie vermeidet. Zudem schlägt der Gesetzentwurf vor, den Zugang zur Rechtsform des rechtsfähigen wirtschaftlichen Vereins für ganz kleine unternehmerische Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement zu erleichtern. Ferner sind bürokratische Erleichterungen für Genossenschaften vorgesehen.

Die PKW-Maut ist nicht mein Herzensanliegen

Die Pkw-Maut, die in dieser Woche beschlossen worden ist, ist kein Herzensanliegen der SPD und meins sowieso nicht. Trotz großer Bedenken haben wir zugestimmt, weil wir uns an die Beschlüsse des Koalitionsvertrages halten.

Damals ist ein Gesamtpaket verhandelt worden, das mehrheitlich sozialdemokratische Kernforderungen, wie den Mindestlohn, die Rente ab 63 und die Entlastung der Kommunen bis 2018 um mehr als 25 Milliarden Euro enthielt.

Es bleibt bei unserer Forderung, deutsche Pkw-Halterinnen und -Halter keiner zusätzlichen finanziellen Belastung auszusetzen. Das Verkehrssteueränderungsgesetz das wir beschlossen haben, sieht sogar eine weitere Steuerentlastung vor, als das im Entwurf vor zwei Jahren vorgesehen war.

Das Bundesfinanzministerium hat in der Zwischenzeit schriftlich versichert, dass die Infrastrukturabgabe insgesamt zu Mehreinnahmen des Staates führt. Wir haben weiterhin Bedenken, was die Kosten für den bürokratischen Aufwand und die gesicherten Einnahmen angeht. Wie viele Experten in der Anhörung übrigens auch.

Sollten sich die zuständigen Minister irren und sich die Erhebung der Infrastrukturabgabe nachteilig auf Grenzregionen auswirkt, so wird die nächste Legislaturperiode Gelegenheit geben, diese Fehler zu korrigieren.

Endlagersuche neu gestartet

Wir haben in dieser Woche ein Gesetz für die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll beschlossen und damit das Verfahren zur Endlager-Suche neu gestartet.

Die langwierige Suche sei ein "Testfall" für die deutsche Demokratie, sagte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Sie sei stolz, dass man sich parteiübergreifend auf ein Verfahren für diese "Jahrhundertaufgabe" verständigt habe. Die Ministerin stellte in diesem Zusammenhang klar, dass Atomabfälle, wie aus dem ehemaligen Atomreaktor in Hamm, nicht ins Ausland geschaffte werden dürfen.

Solche Befürchtungen hatte eine Bürgerinitiative aus Hamm in der vergangenen Woche an mich herangetragen. Nach Rücksprache mit dem Ministerium konnte ich aber klarstellen, dass diese Bedenken unbegründet sind. Atommüll aus dem THTR wird nicht ins Ausland verbracht.

Bis 2031 sollen Wissenschaftler und Politiker einen Ort aussuchen, an dem Atommüll eine Million Jahre lang sicher lagern kann. Für die Suche gilt zunächst das Prinzip der «weißen Landkarte»: Kein Ort ist von vornherein ausgeschlossen oder bevorzugt. Die Auswahl soll nach wissenschaftlichen Kriterien ablaufen. Am Ende entscheiden Bundestag und Bundesrat.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks.

Hamm erhält 10 Millionen für schnelles Internet

Ein Förderbescheid über 10.330.457,86 € für den Breitbandausbau hat die Stadt Hamm in dieser Woche erhalten. In schnelles Internet wird kräftig investiert. Das BMVI übergab in dieser Woche 165 Förderbescheide mit einer Rekordsumme von rund 935 Millionen Euro. Daraus ergeben sich Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 2,2 Milliarden Euro. Mit dem Breitband Förderprogramm des Bundes bekommt der Ausbau des schnellen Internets in Deutschland einen zusätzlichen Schub. Das Programm gibt den Landkreisen und Kommunen die Möglichkeit den Ausbau des schnellen Internets in unterversorgten Gebieten schnell umzusetzen. Ich freue mich dass auch der Antrag der Stadt Hamm bewilligt werden konnte.

50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis haben mich in Berlin besucht.

Berlinfahrt mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern

Eine Sache eint die 50 Bürgerinnen und Bürger, die der Bundestagsabgeordnete Michael Thews aus seinem Wahlkreis nach Berlin eingeladen hat. „Alle engagieren sich in ihrem Lebensumfeld für etwas, das ihnen wichtig ist und das hat mich sehr beeindruckt, als wir uns kennengelernt haben.“ Mir war es wichtig, den Dialog mit den Menschen, die sich in ganz unterschiedlichen Bereichen ehrenamtlich engagieren zu vertiefen, aber auch den Kontakt unter ihnen zu fördern.

Wir brauchen in allen Bereichen unserer Gesellschaft starke Persönlichkeiten, Menschen, die bereit sind, ihr Lebensumfeld aktiv zu gestalten. Das gilt für den sozialen Bereich ebenso wie für den Sport oder die Politik.

Es hat mich gefreut, in den Gesprächen mit den Teilnehmern der Berlinfahrt , von der engagierten Arbeit zu erfahren, die an vielen Stellen in meinem Wahlkreis geleistet wird. Diese Arbeit werde ich natürlich unterstützen. Am Abend gab es bei einem gemeinsamen Essen im Lokal „Ständige Vertretung“ noch Gelegenheit zu einem aktuellen politischen Meinungsaustausch.

Herzlichen Glückwunsch lieber Manfred

Manfred Hemmer, ein Urgestein der Hammer Sozialdemokratie, habe ich persönlich vor einigen Tagen in seinem Haus zum 80. Geburtstag gratuliert. Jetzt geht es gleich weiter mit dem gratulieren: Manfred ist am 17. März im Kurhaus auch zum Ehrenbürger seiner Heimatstadt ernannt worden. Ein echter Hammer Junge, der bereits 1960 in die SPD eingetreten ist. Er war lange Vorsitzender des SPD Unterbezirks und später Landtagsabgeordneter. Manfred ist ein unermüdlicher Streiter für unsere Sache. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Auszeichnung

Internationaler Tag gegen Rassismus

Trotz der erreichten Fortschritte dürfen wir nicht darüber hinwegsehen, dass Rassismus weiterhin gegenwärtig ist. In der Arbeitswelt, in Schule bei der Diskriminierung gegenüber Migranten und Flüchtlingen. Rassismus besteht fort auf allen Ebenen unserer Gesellschaft. Wenn sich Menschen beispielsweise in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in ihrer Existenz bedroht fühlen und Sündenböcke gesucht werden, verschärft sich Rassismus oft. Als AWO-Mitglied war es dehalb für mich selbstverständlich, den internationalen Tag gegen Rassismus zusammen mit Michael Groß zu unterstützen. Michael war früher hauptamtlich bei der Arbeiterwohlfahrt beschäftigt und ist heute Vorsitzender der AWO Parlamentariergruppe der SPD-Bundestagsfraktion

„Mut ist das Lebenselixier der Demokratie“

Herzlichen Glückwunsch an Frank-Walter Steinmeier. Nach seiner Rede und dem Ablegen des Amtseids hatte ich Gelegenheit, dem neuen Bundespräsidenten zu gratulieren. Zum neuen Amt und zu einer großartigen Rede. „Mut ist das Lebenselixier der Demokratie – so wie die Angst der Antrieb von Diktatur und Autokratien ist“, hat er in seiner ersten Rede als Staatsoberhaupt gesagt und gefordert, die Demokratie entschieden und mutig zu verteidigen. Ich freue mich auf eine interessante Amtszeit.

Ehrung für Otto Wels

Nur unweit vom Reichstagsgebäude wurde am 23. März 1933 die Demokratie der Weimarer Republik durch den Beschluss des Ermächtigungsgesetzes der Nationalsozialisten ausgelöscht. Es waren allein die 94 SPD-Reichstagsabgeordneten die gegen das Gesetz stimmten. Diese Entscheidung vertrat der Vorsitzende der SPD Reichstags Fraktion Otto Wels in seiner mutigen und historisch bedeutsamen Rede. In dieser Woche jährt sich dieses Ereignis zum 84. Male. Um daran stetig zu erinnern soll die Bundestags Liegenschaft Unter den Linden 50, in Otto-Wels-Haus umbenannt werden. Ein weiteres Gebäude wird nach Matthias Erzberger benannt.

Ich verbleibe mit vielen Grüßen aus Berlin und einem herzlichen Glückauf!

Michael Thews